

**Soziale Gerechtigkeit braucht Mitbestimmung:
Sozialpartnerschaft ein gefährdeter Mitgestaltungsfaktor?**
Univ.-Prof. Dr. Emmerich Tálos

Unter Sozialpartnerschaft ist ein spezifisches Muster gesellschaftlicher Interessenpolitik zu verstehen, das durch die Einbindung der großen Organisationen der ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen und deren Kooperation und Interessenabstimmung untereinander und mit der Regierung gekennzeichnet ist.

Sozialpartnerschaft heißt mehr als nur Beratung von Politik durch Begutachtung oder Beteiligung in Ausschüssen und Kommissionen. Sozialpartnerschaft wurde in der Zweiten Republik zu einem der wichtigsten politischen Gestaltungsfaktoren in Österreich: Neben den Löhnen prägte sie den weiten Bereich der Sozialpolitik ebenso wesentlich wie die Arbeitsmarkt-, Berufsbildungs- und Ausländerbeschäftigungspolitik.

Ungeachtet ihrer großen politischen Bedeutung sind Kritik an und Angriffe auf die Sozialpartnerschaft als politischem Gestaltungsfaktor nicht neu. Unter der erstmaligen Koalition von ÖVP und FPÖ/BZÖ durchaus mit Erfolg. Ist Gleiches für die Neuauflage der schwarz-blauen Regierungskonstellation zu erwarten? Deren Vorhaben und Umgang mit den Sozialpartnerorganisationen weisen bisher unübersehbar in diese Richtung.

Univ.-Prof. Dr. Emmerich Tálos, geboren 1944 in St. Margarethen, Bgld. Studium der Katholischen Theologie und der Geschichte in Wien und Tübingen sowie (postgraduate) der Politikwissenschaft am Institut für Höhere Studien/Wien. Ab 1983 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Lehrbeauftragter an der Wirtschaftsuniversität Wien sowie der Donau-Universität Krems. Formell im Ruhestand seit 2009.

Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zu Sozialstaat Österreich, Wohlfahrtsstaatsvergleich, Sozialpartnerschaft, Faschismus und Austrofaschismus. Jüngste Buchveröffentlichung: „Das austrofaschistische Österreich 1933 – 1938“, unter Mitarbeit von Florian Wenninger, Wien 2017.